

Nr. **XIX.GP-NR**  
**1412** **1J**  
**1995 -06- 2 2**

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Lafer, Böhacker  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Kostenübernahme der Zeckenschutzimpfung

Seit einigen Jahren nimmt auch der Bund seine Verantwortung als Dienstgeber wahr und veranstaltet in den einzelnen Dienststellen verschiedene Impfaktionen bzw. informiert die Bediensteten über die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines vorbeugenden Impfschutzes. Auch auf die Möglichkeit der Zeckenschutzimpfung wurden die Bediensteten immer wieder hingewiesen, wobei für Bedienstete, bei deren Außendiensttätigkeit ein bestimmtes Gefährdungsrisiko gegeben ist, eine Übernahme der gesamten Impfkosten durch die BVA stattfand. Nunmehr werden jedoch nicht mehr die vollen Impfkosten übernommen, sondern wird nur ein Beitrag von S 50,-- zu den Kosten von S 280,-- geleistet.

Da diese Maßnahme unverständlich ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

**A N F R A G E**

- 1.) Ist es richtig, daß in der Vergangenheit für Bedienstete, deren Außendiensttätigkeit mit einem gewissen Gefährdungsrisiko verbunden ist, wie etwa Bodenschätzer oder Zollwachebeamte im Grenz- und Streifendienst, die gesamten Kosten der jährlichen Zeckenschutzimpfungen von der BVA getragen wurden ?

- 2.) Besteht von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen Interesse, daß diese Vorgangsweise auch in Zukunft beibehalten wird ?
- 3.) Hat das Bundesministerium für Finanzen diesbezüglich bereits Kontakt mit der BVA aufgenommen ?
- 4.) Teilen Sie die Auffassung, daß es im Interesse des Dienstgebers gelegen ist, dem oben bezeichneten Personenkreis den Impfschutz zu gewähren ?
- 5.) Sind Sie der Auffassung, daß die Kosten der Zeckenschutzimpfung für diesen Personenkreis einen Mehraufwand darstellt, der ihnen in Ausübung des Dienstes oder aus Anlaß der Ausübung des Dienstes notwendigerweise entstanden ist, und daher für den Fall, daß die BVA nicht die gesamten Kosten übernimmt – vom Dienstgeber nach § 20 Abs. 1 GG 1956 zu tragen ist ?

Wenn ja, inwieweit wird das Bundesministerium für Finanzen die Kosten übernehmen ?

Wenn nein, warum nicht ?